

Stellungnahme des Vereins „Krebspatienten für Krebspatienten“

Schlag ins Gesicht der direkt vom Tabakrauch geschädigten oder betroffenen Personen

Im Beisein der Medien bemühten sich am Montag zahlreiche engagierte Personen ein gut sichtbares Zeichen für den Nichtrauchererschutz zu setzen. Der Obmann des Vereins Krebspatienten für Krebspatienten Herr Erlacher, unterstützt von Vertretern der Ärzteschaft, Experten und Rechtsanwälten, übergab die Daten von hunderten Lokalen im Innenstadtbereich bei denen von einer Verletzung der Bestimmungen des neuen Tabakgesetzes ausgegangen werden muss, an die Bezirkschefin Ursula Stenzel.

Im Rahmen der Übergabe meinte Frau Stenzel:

"Mir ist es wichtig, dass wir nicht in ein **Klima der Angst**, der **Denunziation** geraten.

Was ich nicht möchte, ist, dass jemand Aktionen setzt, die die **Gastronomie zugrunde richten**"

Diese Äußerung empfinden wir als zutiefst verletzend:

- Die Erhebungen im Innenstadtbereich wurden von den Betroffenen selbst durchgeführt:
 - Von den Opfern des Tabakrauchs: den Krebspatienten
 - Von den direkt vom Passivrauch Betroffenen: von Asthmapatienten, chronisch Kranken, Eltern und rauchsensitiven Personen... Keiner dieser Personen hat ein Interesse die Gastronomie zugrunde zu richten. Im Gegenteil, wir möchten so wie alle anderen auch in diesen Gaststätten konsumieren. Die Erfahrungen zahlreicher Länder beweisen, dass die Gastronomie durch ein generelles Rauchverbot sogar profitiert.
- Frau Stenzel, in ihrer Funktion als Vertreterin der Bevölkerung im Innenstadtbereich, fühlte sich zunächst nicht zuständig und brachte dann unser Anliegen - den Nichtrauchererschutz - in einen Zusammenhang mit Ausdrücken wie „Klima der Angst“ und „Denunziation“.
 - Ist ihr tatsächlich nicht bewusst, dass Meldungen von Verstößen derzeit der **einzig gesetzlich vorgesehene Weg** ist, um unser Recht auf saubere Luft einzufordern zu schützen. Hat sie nie vernommen, dass sich **Minister Stöger mehrfach für Anzeigen ausgesprochen** hat.
 - Jedoch die **Anzeigen** selbst waren nie unser Anliegen! Ist es wirklich zumutbar, dass die Betroffenen uns Schwächsten selbst um die Einhaltung eines Gesetzes kümmern müssen? Wir haben in den Aussendungen klar gefordert, dass **die Behörden** die Kontrolle und die Durchsetzung des Gesetzes **selbst** übernehmen müssen. Dafür wollten wir ein Zeichen setzen!
 - Solche Aussagen, Vorwürfe und Angriffe begleiteten immer schon unsere Tätigkeit. Sie wurden gezielt von der Raucherlobby gefördert, sie dienen rein den wirtschaftlichen Interessen der Tabakindustrie. Jedoch, dass unsere öffentlichen Vertreter genau in diese Kerbe schlagen schmerzt sehr.

Die direkt vom Rauch betroffenen Personen und die Opfer dieser Sucht **bitten um Hilfe**. Sie bitten lediglich um ein **bereits gesetzlich garantiertes Recht** auf rauchfreie Gaststätten, ein Recht das hiermit beweisbar in einem überwiegenden Maß **frech ignoriert** wird. Und diese Bitte wurde belächelt und in falsche Zusammenhänge gebracht. Dieser Mangel an Sensibilität ist schlicht beschämend! Er zeigt die Ignoranz der Politik und der Verantwortlichen, sie werden dadurch zum Teil des Problems, nicht zum Teil einer Lösung.